

Károly Bárd

KONTINUITÄT ODER NOSTALGIE – DIE REFORM DER STRAFJUSTIZ

Das Problem, daß ich zu erörtern versuche, wie dies aus dem Titel meines Beitrages ersichtlich ist, hängt mit der strafprozessualen Gesetzgebung nach der politischen Wende in Ungarn zusammen.

Die Frage, die ich stelle lautet folgendermaßen: inwieweit ist es vernünftig, bei der Neugestaltung des Rechtssystems am Ende des 20. Jahrhunderts auf Einrichtungen der Vorkriegszeit zurückzugreifen, vor allem dann, wenn diese Institutionen, die Gesetze, die man als Muster nimmt, nicht unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg, sondern um Jahrzehnte früher zustandegekommen bzw. verabschiedet waren.

Ist der Rückgriff auf Rechtsinstitutionen, die vielleicht noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen als eine Art intellektueller Nostalgie zu bewerten? Wird das Beharren, sie wiederzubeleben, eher zum Verzug der notwendigen Modernisierung des Rechtssystems führen, oder können Teile des Rechtssystems der Vorkriegszeit bei der Ausgestaltung der neuen Rechtsordnung tatsächlich wegweisend sein?

Die Fragestellung ist nicht nur für Ungarn von Bedeutung und auch nicht ausschließlich für die Strafgesetzgebung. Die Verlockung, auf Rechtsinstitute zurückzugreifen, die der Zeit vor der Epoche des sogenannten sozialistischen Rechts entstammen, ist in den neuen Demokratien allgemein gross.

Gelingt es nämlich gewisse Teile der Rechtsordnung der Vorkriegszeit wieder einzuführen, so liefert dies einen Beweis für die Begründetheit der oft verkündeten Behauptung, die Staaten Mittel- und Osteuropas wollten sich nicht Europa anschließen, da diese immer Europa angehörten, es ginge vielmehr darum, die Wiedervereinigung der Region mit Europa wiederherzustellen.

Die Berufung auf Lösungen der Vorkriegszeit läßt sich in vielen Ländern sogar auf der höchsten Ebene, das heißt, bei der Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Ordnung feststellen.

Ich erwähne nur einige Beispiele. Zuerst Lettland, wo die Verfassung von 1922, die über den Status der einzelnen staatlichen Organe verfügte und die als fortgeltend angesehen wird, wieder eingeführt und dann durch ein Verfassungsgesetz ergänzt wurde, die die Rechte und Pflichten der Bürger festlegt. Auch die Wahl der Erarbeiter der Verfassung der Republik Polen, die Nationalversammlung in zwei Kammern, auf den Sejm und den Senat aufzugliedern, ist bestimmt mit dem Bestreben, die prekommunistische Tradition aufleben zu lassen zu erklären.

Auch im Bereich der Strafgesetzgebung ist die Versuchung, auf traditionelle Rechtsinstitute zurückzugreifen stark, ist ja die Strafjustiz, sowohl das materielle als auch das formelle Strafrecht als wesentlicher Bestandteil der nationalen Souveränität verstanden. Es ist demnach kaum überraschend, daß bei der Neukodifizierung des ungarischen Strafverfahrens, unter anderem, auch auf die vor dem zweiten Weltkrieg geltende Strafprozessordnung, als eine fortzusetzende Tradition Bezug genommen wurde.

Daran änderte auch das nicht, daß den Erarbeitern des aus dem Jahre 1896 stammenden Gesetzes von den Zeitgenossen oft vorgeworfen wurde, allzu stark ausländischen Mustern gefolgt zu haben. Die Kritiker meinten, die ungarische Strafprozessordnung, die dem französischen und dem deutschen gemischten System nach ausgestaltet wurde, hatte den traditionellen akkusatorischen Elementen des ungarischen Verfahrensrechts allzuwenig Rechnung getragen und dem Inquisitionsprinzip Zugeständnisse gemacht, die im Lichte der einheimischen Traditionen nicht gerechtfertigt gewesen seien.

Die zeitgenössische Kritik wies darauf hin, daß in Ungarn sich der mittelalterliche Inquisitionsprozess nie so tief verwurzelt und nie zu solcher Vollkommenheit entfaltet hatte, wie das in den Ländern, die als Muster dienten, der Fall gewesen war. Während nämlich in Deutschland oder in Frankreich der Inquisitionsprozess mit allen seinen ineinander verflochtenen und sich gegenseitig verstärkenden Elementen sich zu einem einheitlichen System entwickelt hatte, waren in Ungarn, sowohl in dem schriftlichen Verfahren, als auch in dem summarischen mündlichen Strafprozess gewisse Elemente des Anklageprozesses beibehalten worden.

Dadurch ist es auch zu erklären, daß die Vertreter der Reformideen in Deutschland und in Ungarn um die Mitte des 19. Jahrhunderts verschiedenartige Kämpfe ausfechten mußten. Für die Reformer in Deutschland stellte sich die Aufgabe, gegen die Grundpfeiler des Inquisitionsprozesses, also gegen die Verdachtsstrafe, die Instanzenbindung und die gesetzliche Beweistheorie aufzutreten und darzulegen, wie von Mittermaier formuliert wurde, daß „die Mündlichkeit, das Anklageprinzip, die Öffentlichkeit und das Geschworenengericht am meisten Sicherheit gewährt, daß verübte Verbrechen entdeckt, die Schuld derjenigen, welche dieselben begingen, ausgemittelt, daß aber auch keine unnötigen Prozesse geführt, dem Angeschuldigten die Mittel seiner Verteidigung gehörig gesichert und die Materialien der Urteilsfällung in ihrem wahren Zusammenhang und dabei so geordnet vorgelegt werden, daß eine gerechte Urteilsfällung den Richtern möglich gemacht werde“.

Diesen harten Kampf mußten die ungarischen Reformer zu dieser Zeit gegen das Inquisitionsprozess nicht anfechten. Die Öffentlichkeit, die Mündlichkeit und das Anklageprinzip wurden als Bestandteile des geltenden Systems angesehen, deren Existenz also durch die Tradition legitimiert war und keinem wissenschaftlichen Nachweis bedurfte. Was dagegen die ungarischen Reformer in dem 19. Jahrhundert zu erringen hatten, war die Gleichheit vor dem Gesetz und die Demokratisierung der Justiz.)

Doch wie gesagt, trotz der Kritik der Zeitgenossen, stand die Strafprozessordnung vom Jahre 1896, zu der Zeit, als die kodifikatorischen Arbeiten zur Neugestaltung der Strafjustiz begannen, im Mittelpunkt der Interesse und viele Strafrechtler waren der Meinung, daß die StPO aus dem Jahre 1896 als Grundlage der Kodifikationsarbeiten dienen sollte.

Möchte man der Frage nachgehen, welchen Einfluss die StPO aus dem Jahre 1896 auf die gesetzgeberischen Arbeiten ausübte, die dann in der Verabschiedung des neuen Strafverfahrensgesetzes in 1998 mündeten.

Diese Arbeiten begannen in 1991 und die Richtung der Reform wurde in 1994 in einem Beschluß der Regierung über die Konzeption eines Strafverfahrensgesetzes in Stichwörtern festgelegt.

Ohne den Inhalt des Regierungsbeschlusses ausführlich zu erörtern, möchte ich lediglich betonen, daß die Konzeption eine konsequente Durchführung der Funktionenverteilung in Aussicht stellte, ein Strafverfahren also, in dem die Kompetenzen der Polizei, der Staatsanwaltschaft, und der Gerichte klar voneinander getrennt sind. Auch eine verstärkte Durchführung des kontradiktorischen Prinzipz sowie der Dispositionsmaxime wurden festgelegt.

Die vom Justizminister zur Erarbeitung des Entwurfes aufgestellte Kommission hatte dann, diejenigen Gesichtspunkte bestimmt, welche die Kodifikation zu befolgen hatte. Demnach sollte der neue Kodex auf diejenigen Traditionen des ungarischen Verfahrensrechts bauen, die der Beibehaltung, bzw. der Neubelebung wert sind. Dabei dachte man vor allem, die Strafprozessordnung von 1896 gründlich zu überprüfen, um festzustellen, inwieweit derer Institutionen in das künftige Verfahrensrecht wieder aufgenommen werden könnten.

Des weiteren sollte sich das neue Gesetz den allgemein geltenden Tendenzen anpassen, die aufgrund der Rechtsvergleichung feststellbar sind und sollte auch den internationalen Verpflichtungen entsprechen, zu denen die Republik Ungarn sich bekannt hatte. Dabei dachte man vor allem an die Übereinstimmung des künftigen Strafverfahrensgesetzes mit der Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Und schließlich sollte das Gesetz denjenigen Erfordernissen entsprechen, die die Öffentlichkeit der Strafrechtspflege gegenüber wohlbegründet stellt.

Vergleicht man nun das in 1998 verabschiedete Gesetz mit der Strafprozessordnung von 1896, so sind auf den ersten Blick in Bezug sowohl der Struktur als auch der einzelnen Einrichtungen offensichtliche Ähnlichkeiten zu vermerken.

Was nun die Struktur des Verfahrens betrifft, so kehrt das neue Gesetz zur StPO zurück, in dem es mit der sozialistischen These der Gleichrangigkeit des Ermittlungs- und des Gerichtsverfahrens bricht und die Aufgabe der Ermittlungen auf die Vorbereitung der Anklage beschränkt.

Demgemäß muß der Sachverhalt in dem Maße aufgeklärt werden, daß der Staatsanwalt über die Erhebung der Anklage entscheiden kann.

Das neue Gesetz kehrt auch in der Hinsicht zur StPO zurück, daß es die Anfechtung des erstinstanzlichen Urteils, neben der Berufung mit einem weiteren Rechtsmittel ermöglicht.

Die Erweiterung der Rechtsmittelbefugnis wurde durch die Neugestaltung der Gerichtsorganisation ermöglicht: das im Jahre 1997 verabschiedete Gesetz über die Organisation der Gerichte kehrte zum vierstufigen Gerichts Aufbau der Vorkriegszeit zurück und die Wiedereinführung einer vierten Instanz in der Form von 5 Regionalgerichten (Gerichtstafel) wurde beschlossen.

Die Aufstellung der neuen Regionalgerichte wurde jedoch vom neuen Parlament aufgeschoben und manche Abgeordnete äusserten sogar die Meinung, der in 1997 vollzogene Rückkehr zum vierstufigen Gerichts Aufbau sei verfehlt gewesen. Die Beschleunigung der Verfahren, so läuft ihr Argument, sei im Rahmen der dreistufigen Gerichtsorganisation durch Verstärkung der erstinstanzlichen Gerichte besser zu gewährleisten.

Ohne auf diese Frage weiter einzugehen, möchte ich lediglich darauf hinweisen, daß der Deutsche Juristentag in diesem Jahre auch die Frage behandelt hatte, ob die Vereinfachung der Gerichtsorganisation und die Einführung des dreistufigen Gerichts Aufbaus empfehlenswert sei oder nicht. Wurde in dem Beschluss die Frage verneinend beantwortet, mag die Tatsache, daß diese Frage überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, uns Ungarn etwas verunsichern, ob wir mit der Neubelebung des alten Gerichtssystems eine weise Entscheidung getroffen haben und nicht mit anderen Mitteln versucht hätten können, die Effektivität der Gerichte zu erhöhen, was auch im Rahmen der Beitrittsverhandlungen von der Europäischen Kommission ständig gefordert wird.

Bevor ich auf die Einrichtungen komme, die den Einfluss der StPO eindeutig zeigen, erlauben sie mir diejenigen Institutionen kurz zu erwähnen, die keinen Weg in das neue Gesetz fanden, obwohl sie zur Zeit der Wende von manchen Juristen stark befürwortet worden sind.

So ist es schließlich nicht zur Wiedereinführung des Geschworenengerichts gekommen. Obwohl im Laufe der kodifikatorischen Arbeiten der Vorschlag gemacht wurde, die Schwurgerichte zur Aburteilung von Straftaten, die der Meinungsfreiheit Schranken setzen, zu ermächtigen, wurde der Vorschlag eigentlich nie ernst diskutiert und

die Möglichkeit der Wiedereinführung der Schwurgerichte ernst erwogen.

Eine mögliche Erklärung für die Ablehnung könnte sein, daß das Geschworenengericht in ihrer „modernen“ Form sich in Ungarn nicht wirklich verwurzeln konnte, da bereits nach 14 Jahren nach dem Inkrafttreten der StPO die Geschworenengerichte praktisch abgeschafft wurden.

Ein weiterer Grund der beinahe einstimmigen Ablehnung der Idee der Wiedereinführung des Geschworenengerichts sei der Umstand gewesen, daß dies eine Änderung der gesamten Gerichtsorganisation solchen Ausmasses voraussetzte, zu welcher die überlastete Gesetzgebung und Justizverwaltung einfach nicht bereit gewesen wären.

Und schließlich hatte man aus der ständig abnehmenden Bereitschaft der Bevölkerung, als Schöffen sich an der Rechtspflege zu beteiligen, mit Recht die Folgerung gezogen, daß die Wiedereinführung des Geschworenengerichts schwer überwindbare Probleme der praktischen Durchsetzung mit sich bringen würde.

Auch die Idee der Wiedereinführung des Untersuchungsrichteramtes, wie es in der StPO vorauszusehen war, wurde abgelehnt, obwohl das Institut, wie gesagt, um die Wende, also in den Jahren 1989 und 90 von manchen Juristen befürwortet war.

Der Grund der Ablehnung war vielleicht, daß es der Wissenschaft gelungen war, die zur Entscheidung befugten zu überzeugen, daß das Institut der in der bereits erwähnten Regierungsbeschluss festgelegten Zielsetzung, der Hauptverhandlung eine grössere Rolle zuzumessen, im Wege steht. Man berief sich auch auf die internationale Tendenz, die eher von dem Rückgang des Institutes des Untersuchungsrichters zeugt.

Schließlich wurde nach deutschem Muster das Institut des Ermittlungsrichters eingeführt, der hauptsächlich über die Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren entscheidet und nur in Ausnahmefällen selbst am Beweisverfahren teilnimmt.

Im Gegensatz zum Geschworenengericht und dem Untersuchungsrichter wurde das Institut des Privatnebenklägers aus dem StPO vom neuen Strafverfahrensgesetz übernommen. Dies verdankte das Institut der sich erstärkenden viktimologischen

Bewegung, die unter anderem, die Erweiterung der Verfahrensrechte des Verletzten mit Beharrlichkeit forderte.

Ein weiterer Grund der Wiedereinführung war das fortbestehende Misstrauen der Polizei bzw. der Staatsanwaltschaft gegenüber. Das Institut des Nebenprivatklägers schien ein geeignetes Mittel gegen eventuelle Missbräuche des Anklagemonopols zu bieten.

Im Laufe der kodifikatorischen Arbeiten wurde jedoch klar, daß das Institut Privatnebenklägers den angestrebten Zielsetzungen des neuen Gesetzes, nämlich der Beschleunigung des Verfahrens, sowie der Lockerung des Legalitätsprinzips im Wege steht. So wurden Hürden, eine nach der anderen, aufgestellt mit dem nicht zugestandenem Ziel, Verletzte möglichst davon abzuschrecken, im Falle einer Einstellung der Ermittlungen als Privatnebenkläger aufzutreten.

Ähnlich erging es dem Institut des Wechselverhörs, das in der StPO aus dem Jahre 1896 als den Parteien zustehende Möglichkeit angeboten worden war, von dem sie jedoch selten Gebrauch machten. Mit der Wiedereinführung des Wechselverhörs wollten die Kodifikatoren der in der Konzeption niedergelegten Zielsetzung, die kontradiktorischen Elemente in der Verhandlung zu stärken, Rechnung zu tragen und der Forderung der Richter, von den Tätigkeit des Inquirenten entlastet zu werden zu entsprechen,

Doch im Laufe der Vorbereitungen des neuen Gesetzes stellte es sich bald heraus, daß jeder, sowohl Richter als auch Staatsanwälte und Verteidiger bevorzugen, eher bei dem zu bleiben, woran sie gewöhnt sind. So wurde das Wechselverhör auf einen geringen Anteil der Verhandlungen beschränkt, wo die Teilnahme des Anklägers und des Verteidigers vom Gesetz zwingend vorgesehen wird.

Als man mit der Vorbereitung der Erarbeitung des neuen Strafverfahrensgesetzes begonnen hatte, setzte man sich zum Ziel, von den Wesenszügen des sogenannten sozialistischen Verfahrensmodells Abschied zu nehmen. Und einer der Wesenszüge des sozialistischen Verfahrensrechts, wodurch dieses sich von dem westeuropäischen Modell unterscheiden ließ, war die Übermacht der Polizeiorgane im Ermittlungsverfahren. Dementsprechend wurde es in dem neuen Strafverfahrensgesetz versucht, die Beziehung zwischen der Polizei und der Staatsanwaltschaft der in der StPO vorgesehenen Weise

neuzugestalten und die Staatsanwaltschaft demgemäß wiederum zur Herrin des Ermittlungsverfahrens zu erheben.

Doch zeigte sich wieder, wie schwierig es ist sich von einer Angewohnheit trennen. Obwohl der allgemeinen Regel nach der Staatsanwalt für die Durchführung des Ermittlungsverfahrens verantwortlich ist, sind in dem Gesetz zahlreiche Ausnahmesituationen festgelegt, in welchen die Polizei befugt ist, die Ermittlungshandlungen eigenständig durchzuführen.

An diesem Punkt sollte ich die Bestandaufnahme schliessen. Aufgrund der Beispiele, die ich bislang vorgeführt habe, können wir feststellen, daß trotz der unbestrittenen Autorität der StPO von 1896 in Fachkreisen und trotz des eindeutigen Bestrebens der Kodifikatoren in der Anfangsphase, der Arbeiten um das neue Strafverfahrensgesetz, der StPO zu folgen, sind die Einrichtungen, die überhaupt von der StPO übernommenen wurden erheblichen Änderungen unterworfen worden.

Auch der ungarische Gesetzgeber der Jahrhundertwende konnte der Versuchung nicht widerstehen, dem heutzutage modischen Trend zu folgen. So ist für das neue Verfahrensgesetz eher die Bestrebung, den Prozess zu beschleunigen und wenn möglich gewisse Phasen wegzulassen, kennzeichnend, das durch die Vielfalt von konsensualen Verfahrensformen ermöglicht wird.

Es hat sich also als unmachbar erwiesen, Institutionen der aus dem vorigen Jahrhundert stammenden StPO in ihrer ursprünglichen Form wieder ins Leben zu rufen. Trotzdem sollte man den Versuch, auf die StPO zurückzugreifen, nicht als Zeichen irrationaler Nostalgie bewerten. Eben dieser Rückgriff auf die StPO der Vorkriegszeit gab den ersten Anstoss, der dann uns möglich machte, von der Verfahrensideologie der letzten 50 Jahren uns zu trennen. Und auch bei der Festsetzung der Richtung, in die wir schreiten sollten, hatte die StPO eine bedeutende Rolle gespielt. Sie hat uns auch davon bewahrt, Richtungen zu folgen, die uns völlig fremd sind und sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß das neue Verfahrensgesetz der Strafjustiz wenigstens die Chance gibt, etwas an Würde und Ansehen wiederzuerlangen.